

HANS RAUSCHER



KOMMENTAR

Wie mag es jetzt dem ehemaligen Landwirtschaftsminister Haiden gehen? Befindet er sich vielleicht auf einer der zahlreichen Jagden in den Bundesforsten, die er so liebt, die der Rechnungshof aber erst kürzlich getadelt hat?

Oder freut er sich auf das schmucke Büro und den Dienstwagen, den eine UNO-Organisation dem Minister zum Zwecke der Beschäftigungstherapie und Aufrechterhaltung seines Status zur Verfügung stellen soll?

Von Rechts wegen sollte sich Exminister Haiden jetzt allerdings in ein tiefes Loch verkrochen haben.

Denn der Verwaltungsgerichtshof hat ihm soeben in einem Urteil bescheinigt, daß er als Minister in einer

**Inkompetent, aber arrogant**

hochwichtigen Angelegenheit das gemacht hat, was er als Minister sehr oft gemacht hat: einen elenden Pfusch.

Es geht um den Kraftwerksbau in Hainburg. Haidens Ministerium hatte damals eine wichtige Entscheidung zu treffen, nämlich ob dem Bau die wasserrechtliche Genehmigung zu erteilen sei oder nicht.

Damals, noch vor der Aubesetzung, waren natürlich alle Zeichen auf „volle Fahrt“ gestellt: Haiden erteilte die Genehmigung.

Aber eine grüne Gruppierung hat den Bescheid beim Verwaltungsgerichtshof angefochten. Und dieser hat nun Haidens Entscheid wegen „gravierender Verfahrensmängel“ aufgehoben.

Das Ministerium hat also die formalrechtliche Seite nicht ordentlich erledigt. Das Gericht hat aber auch inhaltlich geurteilt: Das Landwirtschaftsministerium unterließ es nämlich, die Auswirkungen des Kraftwerksbaues auf die Grundwassersituation der Umgebung zu untersuchen. Also eine ganz fundamentale Sache...

Exminister Haiden wird vermutlich diese schallende Ohrfeige durch das Gericht mit jener Dickfelligkeit und mit jenem unerschütterlichen Selbstvertrauen abtun, mit der er schon zu seinen aktiven Zeiten Kritik abgetan hat:

Berechtigte Kritik an seinem Husch-Pfusch-Weingesetz, das erst ein Jahr alt ist und wegen praktischer Unanwendbarkeit schon x-mal repariert werden mußte.

Berechtigte Kritik an seinem halbherzigen Kampf gegen das Waldsterben, was für einen gelernten Forstwart besonders blamabel ist.

Berechtigte Kritik an seiner Personalpolitik im Ministerium.

Berechtigte Kritik an der Art, wie er das Klima mit der „Hauptkundschaft“ seines Ministeriums, den Bauern, verdorben hat.

Warum so viele Prügel für einen abgedankten Politiker? Das wird jetzt mancher Leser fragen. Die Antwort: weil sich in Haidens Arbeit als Minister das symbolisiert, was zum Grundproblem unseres Landes geworden ist – zugleich überhebliche und inkompetente Politik.

Diese Politik hat ihre Glaubwürdigkeit verloren. Manche ihrer Repräsentanten wandern in gutgepolsterte Ausgedinge ab. Viele andere werken zum Schaden des Landes weiter wie bisher.

**„Zwei Monate Wahlkampf sind genug“**

Die verbleibenden acht Monate bis zur Nationalratswahl im April 1987 seien die „Rapidviertelstunde“ des Franz Vranitzky, erklärte der stellvertretende SPÖ-Parteibossmann und Wissenschaftsminister Heinz Fischer. Von diesen acht Monaten blieben sechs für die Arbeit, zwei Monate Wahlkampf seien genug. Es gebe in dieser Zeit noch viele Aufgaben, so Fischer, zu lösen: Budgetverhandlungen, Steuerreform, verstaatlichte. Die ÖVP solle da mitarbeiten.

Fischer sprach sich auch für den Ausbau der direkten Demokratie aus. Gegen eine politische Partnerschaft der SPÖ mit den Grünen würden derzeit viele Argumente sprechen. Zu seiner und Zilks umstrittenen Rede zum Präsidentschaftswahlkampf in New York sagte Fischer lakonisch: Alle Redetexte seien veröffentlicht. Die Regierung werde sich jedenfalls um ein besseres Österreich-Image bemühen.

**Inland**

**● Raketen**

Wiens Bürgermeister Helmut Zilk hält das Raketenverbot des Staatsvertrages für einen „Anachronismus“ und schlägt in der Zeitung „Der Soldat“ Gespräche mit den Signatarmächten vor.

**● Lacina-Aussage**

Finanzminister Lacina sagte als Zeuge vor Gericht aus, Sinowatz, Vranitzky und er hätten am 3. Jänner im Weinhaus Arlt keineswegs über den Präsidentschaftswahlkampf, sondern über die Verstaatlichte gesprochen. Sinowatz hat in dieser Angelegenheit den Journalisten Alfred Worm und die VP-Zeitung „Plus“ geklagt.



**H**arte Kritik übte nun VOEST-Betriebsrat Paul Burgstaller an den Verstaatlichten-Überlegungen der Minister Streicher und Lacina. Der stellvertretende Chef der ÖVP-Steiermark sagte, es sei beunruhigend, daß keiner der beiden Minister in der Lage sei, etwas über längerfristige Sanierungskonzepte zu berichten. Und Voraussetzung für eine Privatisierung, die den entscheidenden Beginn einer Sanierung der Verstaatlichten bilden könnte, sei, daß man konkrete Pläne habe. Außerdem sei für beide Minister eine Arbeitnehmerbeteiligung (Belegschaftsaktie) offenbar ein Fremdwort.

Mittlerweile ist – mit zweitem August – die Ausschreibungsfrist für eine

**Burgstaller: Konzepte fehlen! VOEST-Vorbereitungen für Personalabbau laufen auf Hochtouren**

neue Führungsmannschaft für die Verstaatlichtenholding ÖIAG ausgelassen. Laakirchen-General Hugo Michael Sekyra wird ÖIAG-Chef Oskar Grünwald ablösen, der aber in der ÖIAG-Führungsmannschaft bleibt. Wer statt Kurt Engleitner in die ÖIAG einzieht, ist derzeit noch nicht endgültig erklärt. Und in der VOEST laufen

die Personalabbauvorbereitungen im Verwaltungsbereich auf Hochtouren. Hier wurde mit 1. August ein „Zentraler Vermittlungsdienst“ installiert, dem Arbeitnehmer zugeordnet werden, „deren Dienstverhältnis anlässlich der Einschränkungen einvernehmlich beendet wird“ (Betriebsvereinbarung). Neben der gesetzli-

chen Abfertigung sollen diese VOEST-Bedienstete eine „Umstellungsbeihilfe“ in Höhe von 5500 Schilling pro Dienstnehmer und Dienstjahr bis zu einem Höchstbetrag von 165.000 Schilling erhalten. Insgesamt sollen rund 2400 Mitarbeiter aus dem Verwaltungsbereich eingespart werden, in der Regel 15 Prozent des Personalstandes (und der Personalkosten) je Vorstandsreich für bestimmte Kostenstellengruppen. Von den 2400 dürften rund 1100 in eine Frühpensionierungsaktion 55/50 fallen. Im Herbst droht bei Vorlage des VOEST-Konzepts eine zweite Personalabbauwelle in ähnlicher Höhe auch im Produktionsbereich.

RUPERT HABERSON ■

**Nationalpark-Forderung wird nun lauter**

**Nach Urteil gegen das Kraftwerk Hainburg:**

Nach dem höchstgerichtlichen Aus für das Kraftwerksprojekt Hainburg bekunden alle Beteiligten Zufriedenheit, daß der Bau eingestellt wurde. Die ehemaligen Au-Besetzer drängen nun zur Verwirklichung eines Auen-Nationalparks.

chen Vorschlag unterstützen. Überhaupt sehen sich die Kraftwerksgegner aus der ÖVP nun bestätigt, nachdem selbst Generalsekretär Graff Hainburg als tot bezeichnet hat.



DER ANBISS

Im Büro des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens herrscht Hochstimmung, seit das für das DoKW-Projekt Hainburg vernichtende Urteil des Verwaltungsgerichtshofes bekanntgeworden ist.

Nur der Obmann des Volksbegehrens, Gerhard Heilingbrunner, ist nachdenklich: „Es ist schon wahr, daß wir nach und nach recht bekommen: Hainburg wird nicht gebaut, Zwettendorf wird nicht aufgesperrt – aber das Volksbegehren läßt man im Parlament versumpfen und drückt sich um die Erfüllung der restlichen Forderungen, etwa gegen das Waldsterben.“

Noch einmal will der Volksbegehre unter dem Namen des Nobelpreisträgers die Hauptanliegen der Hainburg-Gegner den Parlamentsabgeordneten unterbreiten. Zuallevorderst müsse sich das Parlament mit der Nationalpark-Frage beschäftigen. Dazu basteln die Umweltschützer an einer Petition, die sich im Wortlaut am Salzburger Nationalparkgesetz orientiert. Parlamentspräsidentin Marga Hubinek (ÖVP) würde einen sol-

Und sie fordern, Lehren für die Planung der Staustufe Wien zu ziehen. Der Wiener VP-Gemeinderat Johannes Hawlik: „Der Verwaltungsgerichtshof hat deutlichgemacht, daß man Projekte nicht einreichen sollte, bei denen wesentliche Fragen noch nicht geprüft sind – genau das passiert aber jetzt wieder bei der Staustufe Wien, die schon zum bevorzugten Wasserbau eingereicht ist, während der Wettbewerb noch läuft.“

Landwirtschaftsminister Schmidt und Vizekanzler Norbert Steger sehen nun die Regierungslinie vom Jänner 1985, als die „Nachdenkpause“ verkündet wurde, bestätigt und setzen ihre Hoffnung auf die Verwirklichung von Umweltverträglichkeitsprüfung und Bürgerbeteiligungsverfahren bei künftigen Großprojekten.

CONRAD SEIDL ■

**Schmidt: Keine Defensive**

Bald weiches Gesetz für Speis und Trank?

Österreichs Lebensmittelgesetz, eines der strengsten der Welt, könnte schon bald aufgeweicht werden. Nicht zum Nachteil der Konsumenten, wie sich Vertreter aller Parlamentsparteien zu versichern beeilen.

„Man muß sich anschauen, ob da nicht viele rein formalistische Bestimmungen drinnen sind, die gesundheitlich überhaupt nichts bringen“, formuliert etwa ÖVP-Landwirt-

schaftssprecher Josef Riegler und nennt als Beispiel, daß die benachbarte Schweiz verschiedene natürliche Konservierungsmittel erlaubt, die bei uns verboten sind.

Was bedeutet, daß Schweizer Produkte (ähnlich wie Backwaren und Milcherzeugnisse aus der EG) auf den heimischen Markt gelangen, die hierzulande nicht hergestellt werden dürften.

Die Bauernforderung, durch strenge Grenzkontrollen solche Importe zu unterbinden, lehnt Landwirtschaftsminister Erich Schmidt allerdings als „rein defensive Maßnahme“ ab – Grenzkontrollen sollten den Schutz der Konsumenten, nicht aber dem Protektionismus dienen. Sein Staatssekretär Murer assistiert: „Wir brauchen nicht päpstlicher als der Papst zu sein!“ C. S.

**Genugtuung, Angriffslust, Bestätigung**

Genugtuung, Angriffslust und Bestätigung: Diese Gefühlspalette präsentiert die Parade grüne Freda Meissner-Blau, wenn sie das Verwaltungsgerichtshofurteil über den aufgehobenen Wasserrechtsbescheid für das umkämpfte Donaukraftwerk Hainburg erörtert. Bestätigung für die Richtigkeit des Engagements gegen Behördenallmacht: „Die Bürger müssen noch wachsamer sein. Wären wir damals nicht in die Au gegangen, wäre sie heute kaputt. Man sieht die Notwendigkeit, den Behörden auf die Finger zu schauen.“ Die Höchststrichter ließen dere Grün-Streiterin aber



Freda Meissner-Blau

auch persönliche Genugtuung zuteil werden. Gerd Bacher hatte sie aus der Runde der „Club 2“-Gastgeber entfernt, nachdem sie den niederösterreichischen Landesrat Ernest Brezovszky in dieser Angelegenheit der Rechtsbeugung bezichtigt und ihn einen Umweltverbrecher genannt hatte. „Nachdem man deswegen beruflich verfolgt wurde, ist es schön, wieder an den Rechtsstaat glauben zu können.“ Und die SPÖ, die ihr aus demselben Grund ein Parteiverfahren angehängt hatte? „Ich möchte nicht zurück. Aber einen moralischen Wert hat es für mich.“ rup

**WEINSTEIN**

Wegen Hainburg is der Nennung bei der SPÖ in an schlechten Geruch kommen, aber jetzt wär's ihr vermutlich recht, wenn er als Deo ex machina wieder z'rückkehren tät.